

»Wir müssen die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie stärken«

Interview mit REEM ALABALI-RADOVAN, Integrationsbeauftragte der Bundesregierung

In Deutschland leben 21,2 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Sie alle bringen ihre eigenen Kompetenzen, Erfahrungen und Erwartungen mit. Im Einwanderungsland Deutschland treffen sie auf unterschiedliche Rahmenbedingungen, die ihre gesellschaftliche Teilhabe und ihre Integration in Bildung und Beruf erleichtern oder erschweren können.

Als Integrationsbeauftragte der Bundesregierung steht Reem Alabali-Radovan für gleiche Ausbildungschancen für alle Jugendlichen, Integrationskurse für alle Eingewanderten und Geflüchteten, mehr Einbürgerungen und eine starke Haltung gegen Rassismus. Wie sie diesen Anspruch in ihrem Amt einlöst, erläutert sie in diesem Interview.

BWP Frau Alabali-Radovan, das Erstarken rechtsextremistischer und populistischer Orientierungen erschreckt uns und bedroht unser demokratisches Zusammenleben. Wie erklären Sie sich diese Anfeindungen gegenüber Menschen, die bereits lange in Deutschland leben, bei uns Zuflucht suchen oder als Fachkräfte aus dem Ausland dringend benötigt werden?

Alabali-Radovan Wir leben in einer Zeit multipler Krisen weltweit, die auch auf unser Land wirken. Viele sind verunsichert, haben berechnete Sorgen. Diese Situation nutzen Populisten für ihre vermeintlich einfachen Antworten. Sie behaupten, diese oder jene Gruppe von Menschen sei Grund für unsere Probleme. Der Hass ist nicht neu, aber die Dimension ist erschreckend. Da dürfen wir nicht einfach zusehen.

BWP Welche Möglichkeiten haben Sie mit Ihrem Amt, diesen Anfeindungen entgegenzutreten?

Alabali-Radovan Ich stärke zum Beispiel Menschen, die von Rassismus betroffen sind, und fördere bundesweit an 32 Standorten eine Antirassismus-Beratung, in Ost und West. Und wir müssen auch grundsätzlich an das Thema ran, denn unsere plurale Demokratie steht auf dem Spiel. Es braucht mehr denn je ein starkes Bündnis aller demokratischen Parteien, der Zivilgesellschaft, Gewerkschaften

REEM ALABALI-RADOVAN

Die Politikwissenschaftlerin ist seit Dezember 2021 Staatsministerin beim Bundeskanzler und Beauftragte der Bundesregierung für Integration, Migration und Flüchtlinge, seit Februar 2022 zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.

Zuvor war sie Integrationsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (von 2020 bis 2021) und leitete von 2018 bis 2020 das Büro der Integrationsbeauftragten beim Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern.

Reem Alabali-Radovan wurde 1990 in Moskau geboren. Sie ist Mitglied des Deutschen Bundestags und Mitglied der SPD.

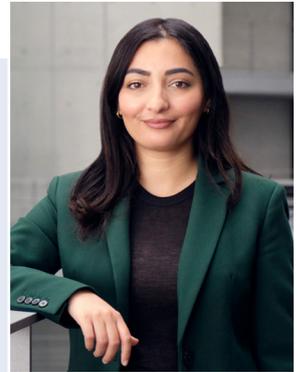


Foto: Integrationsbeauftragte Krautz

und Wirtschaft, der sozialen Bewegungen; ein Bündnis allerer, die Rassismus und Rechtsextremismus ächten, klare Kante gegen Hass und Ressentiments zeigen, egal ob bei der Arbeit, im Sportverein oder in der Familie. Die Bundesregierung stellt dazu mehr Mittel bereit für Politische Bildung, Demokratietarbeit und Nachbarschaftsprojekte.

BWP Neuzugewanderte lernen in Integrationskursen die deutsche Sprache und sollen mit der Kultur und dem Leben in Deutschland vertraut werden. Trotzdem werden für sie alltägliche Dinge oft zu großen Herausforderungen, z. B. Behördengänge oder die Wohnungssuche. Was bleibt zu tun, um eine Willkommenskultur auf allen gesellschaftlichen Ebenen fest zu etablieren?

Alabali-Radovan Deutsch lernen ist das eine, Angebote zu Integrationskursen von Anfang an das andere. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass jedes Unternehmen, jede Behörde die eigenen Strukturen ehrlich überprüfen muss, Beschäftigte im Umgang mit kultureller Vielfalt sensibilisieren und auch strukturellen Rassismus bekämpfen muss. Es ist gut, dass sich hier was tut: Verwaltungen und Ministerien haben Leitbilder erarbeitet, wir entwickeln Diversity-Strate-

gien, damit es faire Chancen auf Einstieg und Aufstieg gibt, damit der Anteil von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte auch im öffentlichen Dienst endlich steigt. Diesen Aufbruch wünsche ich mir in allen Bereichen unserer Gesellschaft, und für Neueingewanderte fängt das in den Visa-, Ausländer- und Einbürgerungsbehörden an. Wir müssen Prozesse und Anträge vereinfachen und mehr digitalisieren, d. h. für weniger Präsenztermine und mehr Datenschnittstellen sorgen. Da gibt es so viel zu tun und ich fördere das Projekt »Digitale Kommunen« für beste Ankunftsprozesse in einer modernen Einwanderungsgesellschaft.

BWP Wie können Prozesse beschleunigt werden? Verfahren zur Anerkennung von Leistungen der Zugewanderten im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt dauern häufig recht lang.

Alabali-Radovan Wir haben in der Bundesregierung schon vieles auf den Weg gebracht, vor allem mit dem reformierten Fachkräfteeinwanderungsgesetz: Fachkräfte können kommen und parallel zum Arbeiten ihr Anerkennungsverfahren der mitgebrachten Berufsqualifikation starten. Aber auch hier muss viel mehr digital laufen. Und wir brauchen noch mehr Beratung und Begleitung, wenn es geht, schon im Ausland. Auch hier: digital, mehrsprachig, niedrighschwellig, auch mal aufsuchend in sozialen Medien.

BWP Welche Bedeutung messen Sie solchen Beratungs- und Orientierungsangeboten im Herkunftsland bei?

Alabali-Radovan Ich nenne das Vorintegration und habe dafür gesorgt, dass diese Möglichkeit im Fachkräfteeinwanderungsgesetz verankert wurde, weil sie so wichtig ist. Es geht um das klare Signal an Fach- und Arbeitskräfte aus Drittstaaten: Ihr seid willkommen! Da geht es um Beratung zur Einwanderung, um Deutschlernen und gute Informationsbegleitung, schon im Herkunftsland, damit hier dann ein guter Start gelingt. Wir haben dazu ein Modellprojekt mit der Diakonie Deutschland gestartet für die Vorintegration von Fach- und Arbeitskräften in Marokko, Nigeria, Serbien und im Kosovo.

BWP Werfen wir einen Blick auf die Jugendlichen mit Migrations- oder Fluchterfahrung, die schon länger in Deutschland leben. Ihre Bildungsabschlüsse liegen im Durchschnitt unter jenen der deutschen Jugendlichen und ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz sind ebenfalls schlechter. Was müssen wir für ihre nachhaltige Integration besser machen?

»Jedes Unternehmen, jede Behörde muss die eigenen Strukturen ehrlich überprüfen, Beschäftigte sensibilisieren im Umgang mit kultureller Vielfalt und auch strukturellen Rassismus bekämpfen.«

Alabali-Radovan Bei den Schulabschlüssen holen Jugendliche mit familiärer Einwanderungsgeschichte auf. Aber ja, noch immer entscheidet der soziale Status des Elternhauses viel zu oft über den Bildungserfolg. Das darf nicht sein. Gerade für Kinder mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte sind passende Bildungsangebote entscheidend, ob in der Kita, Schule oder Berufsbildung. Hier setzt das Startchancenprogramm an, das jetzt an 4.000 allgemein- und berufsbildenden Schulen startet. Dort werden sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler speziell gefördert. Mit 20 Milliarden Euro von Bund und Ländern ist es das größte Bildungsprogramm in der Geschichte unseres Landes.

Wichtig sind zudem die Übergänge von der Schule in den Beruf, da darf niemand verloren gehen. Hier knüpfen wir an den Erfolg der Hamburger Jugendberufsagenturen an, die Olaf Scholz 2012 aus der Taufe gehoben hat, und wollen sie im ganzen Land ausrollen. Bei geflüchteten Jugendlichen kommt hinzu, dass wir auf die Verlängerung der (Berufs-)Schulpflicht setzen müssen, weil viele erst mit 15 oder 16 Jahren zu uns

kommen. Sie könnten ihre Bildungs- und Arbeitsbiografie besser meistern, wenn die Schulpflicht nicht – wie in vielen Bundesländern – mit 18 Jahren endete. Das ist oftmals zu früh!

BWP Sie haben bereits die Jugendberufsagenturen angesprochen. Welche Potenziale sehen Sie im kommunalen Bildungsmanagement und wie unterstützen Sie als Integrationsbeauftragte solche Initiativen?

Alabali-Radovan Es sind viele kommunale Behörden am Integrationsprozess beteiligt, da müssen idealerweise alle Angebote ineinandergreifen. Und viele kommunale Spitzen und Entscheidungsträger/-innen wünschen sich mehr Vernetzung, arbeiten für ein Deutschland als weltoffenes Einwanderungsland, das allen gleiche Chancen ermöglicht. Dafür ernten sie oftmals auch Anfeindungen bis hin zu Bedrohungen. Wir müssen die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie hier stärken und ich fördere bewusst das Projekt »Kommunale Allianzen« gegen Rassismus und Hass bundesweit an 75 Standorten, damit dort alle Entscheidungsträger/-innen und Verwaltungsangestellten wissen, was bei Hass zu tun ist, wer unterstützt, wie sie sich schützen können – wir stehen an ihrer Seite.

BWP Vielen Dank, Frau Alabali-Radovan für das Interview.

(Interview: Christiane Jäger, BWP)